

Fahrer, der in Schulmenge in Südkina raste, erhält aussetzende Todesstrafe

Ein chinesisches Gericht verhängt eine aussetzbare Todesstrafe gegen einen Fahrer, der vor einer Grundschule in Südchina in eine Menschenmenge raste und zahlreiche Verletzte verursachte.



Ein chinesisches Gericht hat einem Mann, der letzten Monat mit seinem Auto in die Menge vor einer Grundschule im Süden Chinas rasierte und mehr als zwei Dutzend Menschen verletzte, eine ausgehängte Todesstrafe verhängt. Der Vorfall gehört zu einer Reihe von gewalttätigen Angriffen, die das Land zuletzt erschütterten und die Behörden dazu veranlassten, die Sicherheitsmaßnahmen zu verschärfen.

Details zum Vorfall

Der Fahrer, identifiziert als Huang Wen, wurde von einem Gericht in der Stadt Changde in der Provinz Hunan zu einer Todesstrafe mit zweijähriger Frist verurteilt, wie die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua am Montag berichtete. Nach chinesischem Recht bedeutet die Frist, dass Huangs Strafe in lebenslange Haft umgewandelt werden kann, je nach seinem Verhalten in diesem Zeitraum.

Huang wurde am Morgen des 19. November festgenommen, nachdem er insgesamt 30 Menschen, darunter 18 Schüler, verletzt hatte. Das Gericht stellte fest, dass Huang den Angriff aus Frustration startete, nachdem er Geld mit seinen Investitionen verloren hatte und Konflikte mit Familienmitgliedern bestehen.

Angriff und Reaktion

Aussagen des Gerichts zufolge stieg Huang nach dem Zusammenstoß aus seinem Fahrzeug und griff Passanten mit einer Waffe an, bevor er gefasst wurde. In sozialen Medien kursierende Videos zeigen zahlreiche panische Schulkinder, die schreien und in den Schulhof rennen. Im Hintergrund ist eine Stimme zu hören, die „Schnell, schnell!“ ruft.

Ein anderes Video zeigt mehrere verletzt am Boden liegende Menschen, während die Polizei einen Mann vor einem Fahrzeug handschellen. Bilder des Vorfalls wurden schnell von sozialen Medien entfernt, und die Kommentarbereiche zu den Beiträgen

wurden deaktiviert.

Ein Anstieg der Gewalt

Der Angriff in Changde ereignete sich nur eine Woche nach dem tödlichsten Anschlag in China seit einem Jahrzehnt, bei dem 35 Menschen starben, als ein Mann mit seinem Auto über eine Menschenmenge an einem Sportzentrum in der Stadt Zhuhai raste. Der mutmaßliche Täter, ein 62-jähriger Mann, wurde festgenommen, als er versuchte, vom Tatort zu fliehen. Eine erste Untersuchung deutet darauf hin, dass er mit dem Ergebnis eines Scheidungsverfahrens unzufrieden war.

Am 16. November wurden zudem acht Menschen bei einem Messerangriff auf einem College-Campus im Osten Chinas getötet und 17 weitere verletzt.

Gesellschaftliche Auswirkungen

Die plötzlichen Gewaltausbrüche, die zufällige Mitglieder der Öffentlichkeit, einschließlich Kindern, ins Visier nehmen, haben in den letzten Monaten in ganz China zugenommen. Dies geschieht in einer Zeit, in der das Wirtschaftswachstum ins Stocken gerät, was die Öffentlichkeit verunsichert, die lange an niedrige Gewaltkriminalitätsraten und eine allgegenwärtige Überwachung gewöhnt ist.

Einige Nutzer sozialer Medien warnen sich gegenseitig, vorsichtig zu sein, da immer mehr Menschen verzweifelt und instabil werden. Die jüngsten Angriffe werden als ein Akt der „Rache an der Gesellschaft“ bezeichnet.

Die öffentliche Unzufriedenheit in China wächst angesichts der schwächelnden Wirtschaft, die mit Problemen in der Immobilienbranche, niedrigem Verbrauchervertrauen und hoher Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen hat.

Maßnahmen der Behörden

Die Behörden haben einige Konjunkturmaßnahmen in die Wege geleitet, doch viele Experten sind der Meinung, dass diese nicht ausreichen, um die benötigte Nachfrage im Inland zu stimulieren und die Wirtschaft zu beleben. Die jüngste Welle der Gewalt hat die höchsten Beamten Chinas beunruhigt.

Im Anschluss an den Angriff in Zhuhai forderte der chinesische Führer Xi Jinping die Behörden auf, „Risiken an der Quelle zu verhindern“ und „Konflikte und Streitigkeiten unverzüglich zu lösen“, um solche Vorfälle in Zukunft zu vermeiden.

Letzten Monat forderte der oberste Richter Chinas die Gerichtsdienster auf, bei gewalttätigen Angriffen auf die Öffentlichkeit schnell und hart durchzuschlagen. Der oberste Staatsanwalt des Landes versprach ebenfalls, Konflikte zu lösen, Risiken zu managen und die soziale Stabilität aufrechtzuerhalten, wobei er eine „Nulltoleranz“ gegenüber Straftaten, die die Sicherheit von Schülern gefährden, bekräftigte.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at